

Potsdamer Neueste Nachrichten - 26.05.2012

Warum gibt es in Brandenburg kaum kleine Agrarbetriebe? Weil die alten Agrar-eliten nach der Wende die Vorherrschaft behielten - mit Folgen bis heute, sagen Gutachter

VON ALEXANDER FRÖHLICH

Potsdam - Die Struktur der brandenburgischen Landwirtschaft hat sich dank alter Seilschaften seit DDR-Zeiten kaum verändert: viele Großbetriebe mit riesigen Flächen und wenige Einzelbauern und Familienbetriebe. Zu diesem Ergebnis kommt ein am Freitag in der Enquetekommission des Landtages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorgestelltes Gutachten. Der Historiker Arnd Bauerkämper von der Freien Universität (FU) Berlin sollte herausfinden, wie sich nach der Wende im Land die Eigentumsverhältnisse veränderten. Ein umstrittenes Thema in Brandenburg. Bauerkämper sagte, die "Kontinuität agrarischer Eliten" nach der Wende sei augenfällig.

Viele Chefs der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) hätten ihre Beziehungen genutzt und, die Initiative an sich gerissen, um Leitungspositionen zu behalten und sich gegen Neubauern beim Erwerb von Flächen durchzusetzen. Zudem hätten mehrere Experten grobe Rechtsverstöße und geschönte Finanzen bei der Umwandlung der Betriebe in privatwirtschaftliche Firmen festgestellt. "Damit ist insgesamt eine großbetriebliche Landwirtschaft konserviert worden, in der Nachfolgebetriebe der LPG dominieren", heißt es in Bauerkämpers Studie. Begünstigt wurden die Strukturen noch durch die an die Flächen gekoppelten EU-Gelder und durch Anpassungshilfen. Allein im Mai 1995 bekamen 301 Genossenschaften, die 33,5 Prozent der Flächen bewirtschafteten, diese Zuschüsse. Auch der Bauernbund, ein Zusammenschluss von Kleinbauern und Familienbetrieben, stellte fest: Diese hätten es schwer gehabt, sich auf märkischem Boden durchzusetzen. Sie seien von Brandenburgs Agrarpolitik ausgebremst worden.

Auch sonst hatte die Mitte der 1960er Jahre abgeschlossene Kollektivierung laut Bauerkämper weiterreichende Folgen. In den 1970er und 80er Jahren habe sich in der DDR ein "agrarpolitischer Gigantismus" entwickelt. Bauerkämper brachte es in seinem Vortrag auf wenige Schlagworte: Es hat in den Genossenschaften Industrialisierung und Spezialisierung geherrscht, was "zur Entfremdung der Bauern von Land und Betriebsmittel" geführt habe. "Bäuerliches Wissen und Traditionen sind verschüttet worden. Das förderte die Verantwortungslosigkeit." Zudem hätten die Kosten die Vorteile der Betriebsgröße aufgezehrt: mehr Verwaltung, höherer Transportaufwand; die natürlichen Produktionsabläufe auf dem Land wurden gestört, nachdem die Bereiche Tier- und Pflanzenproduktion getrennt wurden. Zudem wurden Umwelt und Natur stark belastet, riesige Flächen entstanden, der Boden erodierte, das Grundwasser wurde durch Exkrememente verschmutzt.

Das alles hinterließ Spuren, vermutlich deshalb stützte auch die Politik nach der Wende die großen Strukturen - denn es ging auch um sozialen Zusammenhalt. Die Genossenschaften finanzierten Kindertagesstätten, das Mittagessen für alle Dorfbewohner, ließen Wohnblöcke bauen. "Der Staat wurde von Sozialleistungen entlastet. Die Arbeitslosigkeit ist in die Betriebe verlagert worden." Das zeigt sich auch an den Umbrüchen zur Wende. Von den ehemals 290 000 Beschäftigten in der Brandenburger Landwirtschaft blieben 1994 nur 50 000 übrig.

Und was sich die SED-Oberen mit der Kollektivierung, mit der "Selbstsowjetisierung" vornahmen, mit dem gemeinsamen Kampf von Bauern und Arbeiterklasse, schlug nach 1989 ins Gegenteil um. Der Agrarökonom Klaus Schmidt warnte in seinem Gutachten vor einer zunehmenden Konzentration der riesigen Agrarflächen in den Händen von "Nichtlandwirten". Immer mehr Äcker dienten als Kapitalanlage oder als Spekulationsobjekt - "für Zahnärzte und Börsenfirmer", wie CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski sagte. Eine Entwicklung, "die von den Regierungsoffiziellen in Brandenburg immer geleugnet" werde. Und noch etwas stellte Schmidt fest: Das Gewinninteresse ist trotz der teils kargen Böden groß, also herrschen Monokulturen wie Raps oder andere Energiepflanzen vor. Auch ein Erbe der DDR. (mit dpa)